

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

14. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Räumungsvorbereitungen in Essen.

Abzug der Marokkaner. — Die Stadt Oberhausen geräumt.

Köln, 14. Juli. (Wib.) Während von einer Reihe von Städten des Industriegebietes auf Grund von Mitteilungen der Befehlsnachrichten vorliegen, daß die Räumung in diesen Tagen erfolgt sein soll, verlautet darüber in Essen bisher noch nichts. Man sieht in den großen Quartieren noch das reiche Heeresmaterial, und die Zahl der Truppen scheint ebensowenig verringert zu sein. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ jedoch auf Grund eigener Erkundigungen feststellt, findet gegenwärtig zwischen der Befehls- und den deutschen Behörden eine Fühlungnahme über die Rückgabe der Quartiere auch in Essen statt. Essen ist als Mittelpunkt des Ruhrgebietes der Sitz zahlreicher französischer Behörden, deren Abbau schwieriger erscheint. Man darf aber hoffen, daß die Räumung der Stadt Essen in stufenweisem Anschluß an den Abzug der Franzosen aus den östlich und nördlich gelegenen Städten folgt.

Oberhausen, 14. Juli. (Wib.) Die Stadt Oberhausen kann als geräumt bezeichnet werden. Nur auf dem Bahnhof liegt noch ein kleines Kommando der französischen Truppen.

Abzug der Marokkaner.

Paris, 14. Juli. (Wib.) Wie dem *Matin* aus Wiesbaden berichtet wird, hat die marokkanische Division, die in der Pfalz und zwar in Landau und Umgegend steht, gestern ihre Standorte verlassen, um sich nach Marokko zu begeben. Ein weiteres marokkanisches Regiment und ein Regiment algerischer Schützen stehen ebenfalls zur Abreise aus dem besetzten Gebiet bereit. Der zum Oberbefehlshaber der marokkanischen Truppen ernannte General Koulou hat gestern abend Wiesbaden verlassen, um sich über Paris nach Marokko zu begeben.

Ein neuer Konflikt?

Der deutsch-englische Handelsvertrag.

Zur Vorbereitung der parlamentarischen Ratifizierung liegt dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages der deutsch-englische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vor. Er wurde am 2. Dezember vorigen Jahres von den Bevollmächtigten der beiden Regierungen unterzeichnet. Die lange, seitdem verstrichene Frist und das tragische Hin und Her über seine Vorlage an den Reichstag zeigt, daß auch in dieser verhältnismäßig bescheidenen Angelegenheit bei den Regierungsparteien nichts in Ordnung und alles in Unordnung ist. Dieser Handelsvertrag, den ihre eigene Regierung abschloß, ist ihnen in der Tat so peinlich, daß sie mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln seine Beratung hinter die Erledigung der Zollvorlage zu schieben versuchen. Da nach ihrer Erledigung das Haus nicht mehr verhandlungsfähig sein wird, würde eine solche Verschiebung die Vertagung bis in den Herbst, ja bis in den Spätherbst hinein bedeuten.

Zwingende außenpolitische Gründe aber machen es unzulässig, die parlamentarische Bestätigung dieses Handelsvertrages zu verzögern, zu den völlig oder bedenklich ins Stocken geratenen Verhandlungen mit Polen und Frankreich den Bruch bereits vollzogener Abmachungen hinzuzufügen und damit die handelspolitische Situation Deutschlands noch weiter zu verelenden.

Der englische Handelsvertrag war der erste, der in den Ball von Mindestbegünstigung, der Deutschland bis zum 10. Januar d. J. umschloß, eine Bresche schlug. Er bildete die Einleitung zu den vertraglichen Verhandlungen mit den anderen Staaten und trug so gegenüber Italien und Spanien zum Abschluß von Handelsverträgen bei und leitete die Verhandlungen mit den anderen Staaten ein. Hatte der englische Handelsvertrag also die Bedeutung eines ersten handelspolitischen Erfolges gegenüber den Versäiler Vertragsmächten, so fällt der Einwand dahin, daß in der heutigen Situation, ein halbes Jahre später, möglicherweise mehr herausgeholt werden könnte.

Eine Verzögerung der parlamentarischen Ratifizierung dieses englischen Handelsvertrages würde das bisher Erreichte ernsthaft gefährden. Die für die Beseitigung der deutschen Sonderbehandlung erforderlichen Befehle sind vom englischen Unterhaus bereits angenommen, bedürfen aber noch der Zustimmung des Oberhauses, die solange zurückgestellt wird, bis die Ratifizierung durch den deutschen Reichstag vorliegt. Ueber die materiellen Schädigungen einer Verschiebung der Ratifizierung durch Deutschland hinaus, bedeutet jede weitere Vertagung auch eine Verletzung der moralischen Verpflichtungen, die Deutschland England gegenüber durch seine Unterchrift eingegangen ist. Sollten die Regierungsparteien wirklich den Versuch machen, ihre eigene Unterchrift nicht zu honorieren, so setzen sie sich der Gefahr aus, daß die Linksparteien an ihnen anlässlich des Handelsvertrages mit England die gleiche politische Erziehungsarbeit wiederholen müssen, die an Deutschnationalen bei Gelegenheit des deutsch-spanischen Handelsvertrages vollzogen wurde.

Der Reichsaussenminister legt auf die Ratifizierung des deutsch-englischen Handelsvertrages vor der Verschleppung auf den Spätherbst, die von den Rechtsparteien beabsichtigt ist, würde die Spannung zwischen ihm und den Deutsch-

nationalen vermehren. Es scheint, daß die Deutschnationalen mit der Verschleppung neuen Konfliktsstoff schaffen wollen. Die Gerüchte, daß sie auf den Sturz des Reichsaussenministers hinarbeiten und bereits einen ihnen genehmen Nachfolger in Reserve haben, behaupten sich hartnäckig. Die Unklarheit über das Maß von Verantwortung, das die Deutschnationalen übernehmen wollen, schafft nicht nur einen dauernden krisenähnlichen Zustand der Spannung, sie gefährdet auch die handelspolitischen Interessen Deutschlands.

Auswärtiger Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages übermies heute den deutsch-britischen Handelsvertrag nach längerer Diskussion und ohne erhebliche Aussprache auch den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten dem handelspolitischen Ausschuss. Die große politische Debatte über die abgehende Zwischennote der deutschen Regierung an Briand soll am Freitag oder am nächsten Dienstag stattfinden. Zuvor wird der Auswärtige Ausschuss noch zu einer anderen Sitzung zusammentreten, um seinen laufenden Beratungstoff zu erledigen.

Englischer Druck auf Rußland.

Chamberlains Warnungen.

London, 14. Juli. (Wib.) Zu der gestrigen Unterredung Chamberlains mit Katowski schreibt der diplomatische Bericht des *Daily Telegraph*, der russische Geschäftsträger habe sich schließlich erklährt gezeugt, daß seine Besorgnisse wegen der Möglichkeit eines baldigen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen unbegründet seien, aber die Bemerkungen des Staatssekretärs des Außenbüros hätten Katowski keinerlei Illusionen über den Ernst gelassen, mit dem britischerseits die englandfeindliche Propaganda von Sowjetvertefemern und Sowjetagenten in Uffen betrachtet werde.

Ein Richter gemafregelt.

Aber nicht wegen Freispruch eines völkischen Mörders!

Man schreibt uns: Ein bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte angestellter Richter, der Vormundschafsfachen bearbeitet, wies einen Antrag auf Unterbringung eines Kindes zur Fürsorgeerziehung zurück, der unter anderem darauf gestützt war, daß die Mutter des Kindes mit einem Mann zusammenlebe, ohne mit ihm verheiratet zu sein. Der Richter führte aus, daß ein derartiges Zusammenleben nicht unter allen Umständen ein solches zu sein brauche, daß es das sittliche Wohl des Kindes gefährde, zumal Fälle denkbar seien, in denen der Eheabschluss nicht zu beseitigende Hindernisse entgegenstünden. Da sonstige erschwere Umstände nicht geltend gemacht seien, reiche die Tatsache dieses Zusammenlebens nicht aus, eine derart einschneidende Maßregel anzuordnen. Gegen den Beschluß wurde vom Jugendamt nicht Beschwerde eingelegt, so daß er rechtskräftig wurde.

Bald darauf wurde dem Richter eines Morgens, als er sich zu seinem Dienst einfindet, in seinem Bureau mitgeteilt, daß ihm durch einstweilige Anordnung des Amtsgerichtspräsidenten die weitere Bearbeitung der Vormundschafsfachen entzogen und er an eine Zwangsvollstreckungsabteilung versetzt sei. Auf seine Bitte um Mitteilung der Gründe sagte ihm der Amtsgerichtspräsident, daß ein Richter sich überlastet fühle und diese Verrichtung der Geschäftsverteilung Abhilfe bringen könne. Als der Vormundschafsrichter sich über die Pflöchlichkeit der mitten im Geschäftsjahr erfolgten Versetzung beklagte, gestand der Präsident, daß mitbestimmend gewesen sei die ihm bekanntgewordene Entscheidung in jener Fürsorgeerziehungssache. Der Präsident habe durch einstweilige Anordnung die sofortige Abgabe der Vormundschafsabteilung und den Lauf der Dezernate bestimmt und die Bestätigung dieser Verrichtung der Geschäftsverteilung bei dem Präsidium des Landgerichts beantragt.

Der Richter war früher bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte Schöffengerichter. Vor ihm als Schöffengerichter wurde gegen rechtsradikale Angeklagte eine Anzahl Strafsachen mit stark politischem Hintergrund verhandelt, in denen das Schöffengericht auf erhebliche Strafen erkannte. Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft wurde damals dieser Richter, dem bisher seine Eignung als Schöffengerichter bezeugt war, durch Beschluß des Präsidiums von seiner Schöffengerichtsstelle entfernt.

Zu der jetzigen Versetzung an die Zwangsvollstreckungsabteilung ist zu bemerken, daß die Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten durch Beschluß des Präsidiums des übergeordneten Landgerichts (bestehend aus dem Präsidenten, sämtlichen Direktoren und dem dienstältesten Richter) erfolgt und zwar für das ganze Geschäftsjahr im voraus, derart, daß Verrichtungen im Laufe des Geschäftsjahres nur in besonderen Ausnahmefällen und auch wieder nur durch das Präsidium angeordnet werden können.

Diese Regelung war zu Zeiten der Schaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes getroffen worden, um die Möglichkeit einer Kabinettsjustiz zu verhindern. Heute wird sie zu einem Mittel, um republikanische Richter, die gegen rechtsradikale Angeklagte ohne Ansehen der Person vorgehen, oder eine vernünftige Entscheidung in Fürsorgefällen fällen, zu mahnen! Ein Beversdorf kann weiter antworten und den Richtern, die den Willen des Reichsbannermannes Schulz freisprechen, wird auch kein Haar gekümmert!

Frankreich und die Sicherheit.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 13. Juli.

Die jüngsten Vorgänge innerhalb der deutschen Regierungsparteien haben in den hiesigen maßgebenden Kreisen eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Man hätte nie angenommen, daß auch die äußerste deutsche Rechte der Politik des Kabinetts Luther-Stresemann zustimmen würde, die in den deutschen Sicherheitsvorschlägen vom Februar ihren praktischen Ausdruck fand. Aber man hatte der von deutscher offizieller Seite, u. a. auch vom deutschen Botschafter in Paris, immer wieder gemachten Angabe, daß die Deutschnationale Partei den Vorschlägen Stresemanns zugestimmt habe und gerade dieser Umstand den Vorschlägen ihre besondere Bedeutung verleihe, Glauben geschenkt. In den sozialistischen Kreisen, wo man ursprünglich gegen die Antinüpfung von Verhandlungen dieser Art mit einer unter deutschnationalem Einfluß stehenden Regierung starke Abneigung empfunden hatte, konnten die Bedenken schließlich nur durch den Hinweis überwunden werden, daß man selbst den guten Willen der Rechten nicht von vornherein in Zweifel stellen dürfe und man klug daran tue, im Kampf zur Befestigung des Friedens und zur Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland jede Hilfe, von welcher Seite sie auch kommt, anzunehmen. Sicher ist trotzdem, daß gegenwärtig jenes starke Vertrauen, das man vor einigen Wochen noch am Quai d'Orsay zu den deutschen Vorschlägen hatte, durch die deutschnationale Kampagne gegen Stresemann eine gewisse Erschütterung erfahren hat.

In den linksgerichteten Kreisen verwechselt man dabei keineswegs die Kritik, die ja auch von der deutschen Linken an der französischen Antinünote vom 16. Juni geübt wird, mit dem allen strategischen Schachzügen des deutschen Kanzlers zum Trotz immer stärker ausfallenden Kampf der Deutschnationalen Partei gegen die Grundtendenzen Stresemannschen Außenpolitik. So wenig man hier erwartet hatte, daß etwa Deutschland die französische Antwort in allen ihren Teilen, ohne weitere Aufklärungen zu verlangen, als lehtes Wort gutheißen würde, so sehr wurde man in Frankreich gerade in den linksstehenden Kreisen von der Schärfe des Gegenjages überrascht, der sich plötzlich zwischen der offiziellen deutschen Regierungspolitik und den Absichten der Deutschnationalen Partei herausstellte. Solange die führenden Parlamentarier der Deutschnationalen Partei ihre Stellungen verdeckt hielten, nahm man hier immer noch an, daß es sich bei dem Kampf gegen Stresemann und gegen seine Sicherheitspolitik vor allem um die Aktion eines in der Minderheit sich befindlichen rechten Flügels der Deutschnationalen Partei handle. Seitdem jedoch Graf Westarp seine Ansichten klarer zu formulieren begann und die französische Antwort als ein unumstößliches Zeichen des „französischen Vernichtungswillens gegenüber Deutschland“ brandmarkte, hat man in den offiziellen und parlamentarischen Kreisen von Paris erkannt, daß der Konflikt viel ernsthafterer Natur ist, als es die ersten Anzeichen vermuten ließen.

Die Folge davon ist, daß den französischen Nationalisten wieder einmal das Hehndwerk erleichtert wird und sie sich mit Behagen über das „ewige Hereinfallen der französischen Linken“ und über den Zusammenbruch ihrer „Illusion durch Konzessionen und Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland“ lustig zu machen suchen. Auch gewisse Elemente der radikal-sozialistischen Partei, die wie Franklin-Bouillon, der Vorsitzende der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten, nationalistisch angehaucht sind, benutzen die Gelegenheit, um hinter den Kulissen gegen „Briands Vertrauenspolitik“ zu schüren. Der Außenminister selbst hat sich bisher durch die Ereignisse in Berlin nicht von seiner Ueberzeugung abbringen lassen, die volle Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. „Diese Verständigung“, erklärte er jüngst im Laufe eines Gespräches, „liegt so sehr im Interesse der beiden Völker, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß sie scheitern sollte: denn gerade weil die deutsche Regierung eine sehr anerkennenswerte Initiative ergriffen hat, wäre es für die gesamteuropäische Situation um so gefährlicher, wenn man etwa in Berlin, aus innerpolitischen Gründen, die gemachten Vorschläge nicht aufrechterhalten würde. Aber ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung auch nur eine Sekunde einen Verzicht ihrer Vorschläge ins Auge fassen könnte.“

Briand ist entschlossen, die deutsche Antwort auf seine Note vom 16. Juni ebenso objektiv und vom Willen zur Verständigung befezt, zu prüfen, wie die deutschen Vorschläge vom Februar. Stärker als je scheint er von der Notwendigkeit überzeugt, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund notwendig ist. Auf ungewöhnliche Anfragen hat er erklärt, daß es keineswegs seinen Absichten entspreche, Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen oder für Frankreich Rechte zu beanspruchen, die im Gegensatz zu irgendwelchen Bestimmungen des Völkerbundpaktens ständen.

Wird Briands Hoffnung, den Sicherheitspakt im Herbst dem französischen Parlament zur Ratifikation vorlegen zu können, in Erfüllung gehen? Die Parteien der Linken wünschen es, während die Vertreter des Bloc National, unter Berufung auf die Feldzüge des Grafen Westarp und seiner Partei, das sichere Scheitern der Verhandlungen glauben ankündigen zu dürfen. Eines ist der deutschnationalen Kampagne zweifellos schon gelungen: die außerordentlich starke

moralische Entspannung, die durch die deutschen Regierungs- vor schläge vom Februar in fast allen Kreisen Frankreichs hervorgerufen worden ist, wird wieder von einer Welle des Misstrauens, des Zweifels, überpült.

Inflationsgewinne auf Staatskosten.

Ein neuer Stinnes-Scandal.

Trotz mehrfacher Anfragen ist es nicht gelungen, nähere Einzelheiten über den Verkauf eines Hafengeländes zu erlangen, das der Stinnes-Konzern in der Inflation vom Reich erworben und jetzt an den Hamburger Staat veräußert hat. Vom Staate Hamburg selbst wurde das Geschäft in folgender Form bestätigt:

Nach längeren Verhandlungen hat der Hamburger Staat die Aktien der Gesellschaft für Erwerb und Verwertung von Industrie- und Hafengelände zu Kaufpreis erworben. Die Aktien der hier genannten Gesellschaft waren im ausschließlichen Besitz der Stinnes-Deihandels-Gesellschaft. Damit hat der Staat 500 000 Quadratmeter baureifes Gelände erhalten.

Wie eine Hamburger Korrespondenz weiter mitteilt, beträgt der Kaufpreis 4,6 Millionen Mark. Angeblich ist der Erwerbspreis des Stinnes-Konzerns nicht höher als 400 000 M. gewesen.

Demnach hat der Stinnes-Konzern an dem famosen Geschäft mit Hilfe der Reichs- und Staatsorgane sowie unter Ausnutzung der Inflation volle 4,2 Millionen Mark auf Kosten der Allgemeinheit verdient!

Die Stützungsaktion der Großbanken für den Stinnes-Konzern, an der bekanntlich die Preussische Staatsbank beteiligt ist, erhält dadurch ein neues Gesicht. Sie ist — da sie die „langsame Abwicklung“ der Verpflichtungen der Stinnes-Gruppe garantieren soll — nichts anderes als eine Aktion zur Sicherung der Inflationsgewinne dieses Trustes, und zwar mit Reichs- und Staatsbankredit!

Das ist um so skandalöser, als bekanntlich die Rechtsparteien jede steuerliche Heranziehung der Inflationsgewinne zur Schaffung von Mitteln für die Aufwertung verweigert haben, daß sie ferner die Vermögenssteuer, die wenigstens teilweise auch die Inflationsgewinne fassen könnte, abbauen! Rentner und Arbeiter bezahlen also mit Aufwertungsverzicht und höherer Steuerbelastung das Geschäft, das hier mit Hilfe von Staatsorganen und öffentlichen Banken auf ihrem Rücken gemacht wird.

Es ist Zeit, daß sich einmal der Reichstag der Sache annimmt. Eine standstillere Verquickung von Staat und Privatgeschäften der Interessenten zum Nachteil der Allgemeinheit ist wirklich nicht mehr gut denkbar!

Die revolutionären Landwirte.

Es scheint so als wenn die scharfen Auseinandersetzungen über die Zollfrage nicht ohne Einfluß auf das Gemüt unserer Landwirte blieben. Das lassen zwei Entschlüsse erkennen, die kürzlich von dem Kreislandwirtschaftsverband Hohenstein in Ostpreußen und dem Kreislandwirtschaftsverband Osterode in Ostpreußen angenommen wurden. In der ersten Entschlüsse heißt es u. a.:

„Wir verlangen deshalb Zölle so wie sie in der Denkschrift des Reichslandbundes nicht nur gefordert, sondern als unbedingt notwendig bewiesen worden sind. Mit Gewalt werden wir uns unser Recht zu verschaffen wissen.“

Die zweite Entschlüsse klingt in den folgenden Sätzen:

„Bevor die Landwirtschaft zugrunde geht, ist es ihr nicht zu verdenken, wenn sie, zum Außersten getrieben, zur Selbsthilfe greift.“

Das sind ganz niedliche Töne. Ein Kommunist könnte kaum andere hervorbringen. Haben die genannten Kreisvereine garnicht überlegt, welchen Vordienst sie mit ihren Entschlüssen den Landwirten geleistet haben? Nun erkennt man

erst recht, daß der ganze Zollkampf dieser Reihe nichts anderes als eine ausgesprochene Machtfraße ist, und die schönen Worte von der Zurückstellung des eigenen Interesses hinter die Interessen der Allgemeinheit nur leere Redensarten sind, die in dem Augenblick jede Bedeutung verlieren, wo man sich selbst danach richten soll. Im übrigen eine Frage: Würden die Landwirte eine Entschlüsse der Landarbeiter oder des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, in der von Gewaltanwendung die Rede ist, auch so hinnehmen, wie die Entschlüsse der beiden Kreisvereine des Landwirtschaftsverbandes Dispreußen hingenommen werden sollen?

KPD.-Schwund.

Begleitmusik zum Parteitag.

Bitterfeld, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Betriebsratsvorsitzende des Schornwitzer Werkes Gustav Boigt, der lange Jahre der kommunistischen Partei angehörte, hat jetzt seinen Austritt aus der KPD. erklärt. Er begründet das mit folgendem Schreiben:

„Mit dem heutigen Tage veröffentliche ich meinen Austritt aus der kommunistischen Partei. Nach jahrelanger, intensiver Tätigkeit für dieselbe, wobei ich Existenz, Familie und Freiheit aufs Spiel gesetzt habe, hielt es diese Partei nicht für notwendig, in einer Anklage gegen mich wegen Pressevergehens einen Rechtschutz zu stellen. Der Vorstand der Ortsgruppe Schornwitzer, die Gesamtfraktion der Gemeindevertretung und der Rote Frontkämpferbund hatten die Bezirksleitung Halle energisch ermahnt, den Rechtschutz zu stellen. — Ein glattes Nein. Durch einen günstigen Umstand wurde die erste Verhandlung verlagert, ich wandte mich persönlich an den Unterbezirksleiter Hugo Müller mit dem Ersuchen, einen Rechtschutz für mich zu erwirken; ergebnislos. Wäre es Herr Schölem oder die temperamentsvolle Frau Ruth Fischer gewesen, dann hätte man sicher drei Rechtsanwälte dirigiert. Ihr Funktionäre, die ihr die Parolen ausführen müßt, um als gute Genossen zu gelten, bezahlet den Rechtschutz doch selbst! Ihr seid ja auch keine großen Kanonen, trotzdem ihr die gefährliche Kleinarbeit leisten müßt. An euch handelt man nach dem Motto: „Erst laßt ihr die Armen schuldigen werden, dann überlaßt ihr sie der Pein.“ Ein jeder Funktionär dieser Partei, welcher meine Tätigkeit für die Partei beurteilen kann, möge aus diesen Zeilen eine Lehre ziehen. So spielt die KPD., deren „große Kanonen“ sich, wenn Gefahr droht,

fortjam im Hintergrund halten.

mit ihren einfachen Parteigenossen. Kommen diese auf Grund ihrer kommunistischen Parteiliebe mit den Strafgesetzen in Konflikt, dann überlaßt man sie ihrem Schicksal. Eine solche Partei hat das Recht verwirkt, sich Arbeiterpartei zu nennen.“

Es bleibt also festzustellen, daß wieder einmal einer der treuesten KPD.-Anhänger an seiner eigenen Partei verzweifelt ist. Wenn der Verzicht, sich von Schölem, in Gemeinschaft mit Ruth Fischer befehlen zu lassen, im bisherigen Maße die KPD. weiter greift, dürfte auf die Dauer nur noch ein Häuflein minderjähriger Junglinge übrigbleiben.

Zölle auf Werkzeug.

Die Bedrohung der Handwerksinteressen.

Im handelspolitischen Ausschuß, in dem gestern ein verlässener, wenn auch stiller Kampf wütete, ist heute wieder Ruhe und Frieden eingetreten. Die Schwerindustrie und die Fertigungsindustrie haben sich wiedergefunden. Die Positionen, um die heute gekämpft wird, interessieren sie nicht in dem Maße, wie das bei den gestern verhandelten der Fall war. Heute besprach man die Positionen, die landwirtschaftliches Werkzeug, Werkzeug für das Handwerk und Maschinenteile für die Textilindustrie betreffen. Unsere Genossen, die bei der Besprechung auf die Gefahren für die genannten Berufe eindringlichst hinwiesen, blieben trotzdem allein. Die Handwerksvertreter und die Vertreter der Landwirtschaft blieben mit der Industrie und den Großagrariern absolut solidarisiert. Sie hoffen, daß von dem reich gedachten Zoll für die ganz Großen doch etwas für sie abfallen wird. Genosse Dörmann machte darauf aufmerksam, daß die Kleinindustrie für große Bezirke in Deutschland die eigentliche wirtschaftliche Basis darstelle. Das Bergische Land, die Gegend um Schmalkalden und ein Teil Oberschlesiens werden von der Kleinindustrie ernährt.

Abgestandene Possendramatik.

Im vorigen Sommer lernte ich in einem mecklenburgischen Dorf einen wunderlichen alten Fließschuster kennen, der nach übereinstimmendem Urteil seiner Frau und engeren Familienmitgliedern vertrottelt war. Als er zufällig von meiner theatertätigen Tätigkeit hörte, übergab er mir in gläubiger Zuerst das mühsam getriebene Manuskript eines selbstverfaßten Lustspiels, mit der Bitte, es an einem Berliner Theater unterzubringen. Bei meinen Beziehungen zum Theater würde es sicher nicht schwer halten. Das Stück war albern. Ich gab es ihm zurück und sagte: „Mein Lieber, so wie Sie hat man vor dreißig bis vierzig Jahren geschrieben. So was nimmt heute kein Theaterdirektor mehr an. Aber wenn Sie die Sache zum Stützungsfest der freiwilligen Feuerwehr oder so aufführen lassen, werden Sie bestimmt großen Erfolg haben.“

Ich habe dem armen, alten Mann Unrecht getan. Es gibt doch noch Direktoren, die an überlebten Zeug Gefallen finden. Das Schwanklustspiel „Röhrenwäse“ von Toni Impelosen und Karl Matern, zu dessen Begutachtung gestern die „Goethe-Bühne“ eingeladen hatte, ist noch alberner als das Stück des Dorfchusters. Die „Röhrenwäse“ ist ein unglaublich ideo Nachwerk nach dem Muster abgestandener Volksstücke, dessen Hauptfiguren, früher Schloffer und jetzt sogenannt reiche Schieber, sich so idiotisch benehmen, daß sie von einem Amateurdetektiv gründlich über den Vöfel barbiert werden. Sonderbarerweise erregt der langweilige Schmarren dank seiner lobigen Komit bei einem Teil des Publikums johlenden Beifall. Die Darsteller passen sich dem Vorstadtheaterviveau der Pöstele durch aus. Ihre Hauptrolle besteht in Klammernkomik. Aus dem Mittelmaß ragt Ulfel Stein heraus, die der Sommerdirektor Berthold aus seinem verlassenen Steglitzer Schloßparktheater in die „Goethe-Bühne“ verpflanzt hat. Sie besitzt erstens eine bemerkenswerte mimische Unfähigkeit und zweitens einen Sprachfehler, mit dem es ihr gelingt, 75 Proz. ihrer Rolle dem Verständnis zu entziehen, was bei der Banalität des Textes zum Vorteil der Pöstele ausschlägt.

Dgr.

Der englische „Blutübertragungsdienst“. Vor etwa fünf Jahren organisierte die Chamberwellsection des englischen Roten Kreuzes eine Art Freiwilligenkorps von Leuten, die sich bereit erklärten, jederzeit in einem Londoner Hospital ihr Blut zu vergießen zugunsten eines transfusionsbedürftigen Kranken. Dieses Korps ist nun 250 Personen stark, und die Veranstalter hoffen, die Zahl zu verdoppeln. In diesem Jahre sind 180 der Freiwilligen zu Operationen berufen worden. Unter ihnen befinden sich Frauen und Männer von 18 bis 45 Jahren. In der Regel bringt das „Blutopfer“ seine beträchtlichen Beschwerden mit sich. Besonders viele Freiwillige stellen die „Rovers“, die älteren Brüder der „Blutfinder“. Der Dienst ist so organisiert, daß bei dringendem Anruf von einem Londoner Krankenhaus ein Freiwilliger sofort per Droschke anfahren kann. Die Organisation bezahlt die Ausgaben der Freiwilligen, aber nichts darüber. Es wird versichert, daß im allgemeinen Frauen bessere Patienten sind als Männer, sie sollen vor Beginn der Abzapfung weniger furchtlos sein. Neuerdings wird die Bluttransfusion zur Anregung der Vitalität bei schweren Operationen viel verwendet.

Die Interessen dieser Landwirte werden aber glatt dem Prostitution der Großindustrie geopfert.

Man verteuert das Rohprodukt, ohne daß dazu ein zwingender Grund vorliegt und gibt dafür das trügerische Äquivalent eines Schutzzollens, der gar nicht benötigt wird. Dafür erreicht man aber eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion und des handwertlichen Produkts, die letzten Endes auf die Verbraucher abgemälzt wird. Die in der Begründung der Regierung angegebene Notwendigkeit des Schutzes gegenüber Oesterreich ist bei Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse absolut unzulänglich. Sie entbehrt nebenbei nicht eines irrelevanten politischen Beigeschmacks. Genosse Bleker behandelte die Zollhöhen auf Nebenprodukten des Tischler- und Schlossergewerbes. Bei diesen Artikeln handelt es sich um reine Luxusgegenstände. Es ist uns unerfindlich geblieben, was hier ein Einfuhrzoll für eine Wirkung haben soll, wenn nicht absichtlich eine Belastung des inländischen Konsums herbeigeführt wird. Wesentlicher sei, das dürfte zu den ersten Aufgaben des Wirtschaftsministeriums gehören, dieser kleinen Industrie billige Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, um sie dadurch innerlich gesund zu machen.

Genosse Krüger-Merzburg machte bei einer Besprechung der Positionen Drahtwaren auf die unmögliche Zusammenfassung der verschiedenartigsten Artikel innerhalb einer Nummer aufmerksam. Die Regierung versprach darauf eine Besserung im neuen Tarif. Es war nicht sehr verwunderlich, daß bei der parteipolitischen Bindung, die die Handwerker mit der politischen Reaktion eingegangen sind, ihr Vertreter, der Handwertersyndikus Wendebach auch im Ausschuß die materielle Verbundenheit mit der Großindustrie öffentlich demonstrierte. Die Handwerker werden sich merken müssen, daß ihr Abgeordneter im Reichstag dafür eintrat, daß ihr Handwerkzeug und ihre notwendigen Bedarfsgegenstände verteuert werden, daß dadurch die Abnahmefähigkeiten ihres Produktes außerordentlich erschwert werden. Mit großem Nachdruck wies in diesem Zusammenhang auch der demokratische Abg. Lemmer auf die merkwürdige Haltung der landwirtschaftlichen Vertreter hin, die ohne einen Muck sich die Zollhöhen auf ihre Hilfsmittel gefallen lassen.

Welche Tendenzen bei Schöpfung der Vorlage maßgebend waren, stellte Genosse Peine an einem Beispiel treffend fest. Die Gewerkschaften und Genossenschaften hatten durch das Außenministerium den Antrag gestellt, durch Vertreter bei den Handelsvertragsverhandlungen die Stellungnahme der Arbeiterschaft darzutun lassen zu können. Der Wirtschaftsminister hat ohne irgendeine Begründung die Zulassung von Vertretern der Genossenschaften und Gewerkschaften abgelehnt.

Bei der Abstimmung funktionierte der Ablehnungsautomat der bürgerlichen Parteien wieder ausgezeichnet. Alle Anträge auf Zollfreiheit oder Ermäßigung, die von der Opposition gestellt waren, wurden glatt unter den Tisch gestimmt. In der Fortsetzung der Debatte über eine ganze Reihe weniger wichtiger Positionen blieben die Redner der Opposition wie bei den vorhergegangenen Unterhaltungen allein. Nach der kurzen Unterbrechung der Methode, daß auch die Regierungsparteien sich an der Aussprache beteiligten, sind sie neuerdings wieder in den früheren Zustand der absoluten Passivität zurückverfallen. Von den sozialdemokratischen Vertretern beteiligten sich an der Aussprache die Genossen Dörmann und Krüger-Merzburg.

Verfassung für Südwestafrika.

Gleichberechtigung der Deutschen mit den Südafrikanern.

Kapsbad, 14. Juli. (W.B.) Das südafrikanische Parlament hat die Gesetzesvorlage angenommen, die Südwestafrika eine Verfassung verleiht. General Herzog erklärte, daß das Drittel der gleichberechtigten Versammlung Südwestafrikas, welches ernannt werde, zu gleichen Teilen aus Deutschen und Südafrikanern bestehen soll, um ein ungehöriges Übergewicht einer der beiden Parteien zu verhindern. Die gegenwärtige Vorlage sei nur ein Notbehelf und er hoffe, daß es zwischen der Union und Südwestafrika zu einer engeren Verbindung kommen werde. General Smuts erklärte, er begrüße die Vorlage warm und zolle nicht nur der deutschen Bevölkerung, sondern auch der deutschen Regierung warme Anerkennung. Er bedauere nur, daß keine Vorzüge dafür getroffen sei, die Südafrikaner im südafrikanischen Parlament zu Wort kommen zu lassen.

Zum Oberbürgermeister von Braunschweig wurde der Oberbürgermeister Dr. Trautmann, Frankfurt a. d. O., mit den 20 bürgerlichen Stimmen des Stadtparlaments gewählt. Der Sozialdemokrat Dr. Jasper, für den auch die Kommunisten stimmten, unterlag mit 15 Stimmen.

Katastrophen im Weltenraum.

Die amerikanischen Sternwarten berichten über die Beobachtung eines neuen, bisher unbekanntes Sternes. Von Zeit zu Zeit werden derartige Sterne von irgendwelchen Astronomen gesichtet, bleiben eine Zeitlang am Himmel, zum Teil als Sterne zweiter und dritter Ordnung, mit ungeheurem Licht und verschwinden dann wieder entweder völlig oder bleiben als kleine Lichtpunkte zurück, nachdem sie Tage oder Wochen am Himmel als Sterne hervorragender Ordnung geleuchtet haben.

Das hervorragendste Beispiel dafür ist der berühmte neue Stern, den der dänische Astronom Lohde de Brall am 11. November 1872 auf seinem Observatorium gesichtet hat. Dieser Stern war zuerst so ungeheuer hell, daß er sogar bei Sonnenschein am Tage noch sichtbar war. Aber die Herrlichkeit dauerte nicht lange, denn schon nach sieben Monaten war er verschwunden, nachdem er allmählich immer mehr abgebläht war. Ähnliche Mitteilungen haben wir aus dem Altertum, wo schon der berühmte Hipparch im Jahre 123 n. Chr. im Sternbild des Skorpion plötzlich einen neuen Stern entdeckte, und die jüngste Erscheinung dieser Art ist der berühmte Stern Nova Persei, der am 21. Februar 1901 von dem schottischen Astronom Anderson entdeckt wurde. Auch dieser Stern ist jetzt nur noch sehr schwach. Der neue Stern, der jeden von den großen Sternwarten Amerikas nach Zeitungsmeldungen gesichtet wurde, reiht sich diesen Erscheinungen an.

Welches ist nun die Ursache zum Erscheinen solcher Sterne, und welches ist die Ursache zu ihrem Verschwinden? In dem ungeheuren Weltenraum ist durchaus nicht dafür gesorgt, daß jeder Stern seine eigene Bahn zieht, sondern es ist möglich, daß zwei Sterne sich auf ihrer Bahn begegnen. Wenn diese Sterne nun bereits dunkle Körper sind, d. h. wenn sie bereits völlig erkaltet sind, und nicht mehr leuchten, dann können wir ihre Bahn nicht beobachten, zumal es sich meist um Weltentörper handelt, die viele tausend Lichtjahre von uns entfernt sind. Sowie aber zwei derartige dunkle Körper aufeinanderstoßen, dann kommt einer von den beiden oder beide durch den ungeheuren Anprall durch Verbrennen zum Leuchten. Sind es nun sehr große Weltentkörper, dann werden sie als helle, leuchtende Sterne so lange erscheinen, als die Masse glüht. Ist aber der Verbrennungsprozess vorbei, dann beginnen sie allmählich wieder zu verblassen und schließlich wieder ganz. Der neue Stern, der jetzt gesichtet wurde, soll nämlich in einen Meteorenschweif gekommen sein. Auch diese Erklärung für das Auftreten neuer Sterne ist möglich, denn wenn dieser dunkle Körper in einen Schwarm von Meteoriten gerät, so wird er durch den ungeheuren Anprall unzähliger kleiner Weltkörper gleichsam zum Leuchten kommen. Man dürfte sich also die Entstehung dieses neu beobachteten Sternes auf diese Weise erklären, daß die Meteorite auf den Stern aufsprallt und dadurch den bisher dunklen und ohne Eigenlicht durch den Weltenraum wandernden Himmelskörper zum Leuchten gebracht haben. Es handelt sich dabei um ganz ungeheure kosmische Katastrophen, die wir uns auch nicht vorstellen können und wogegen die Explosionen auf der Sonne, die für uns bereits eine unvorstellbare Gewalt haben, ein Stäublein zarter Lüfte darstellen.

neben den Fällen von Blutarmut oder von großen Blutverlusten bei Unfällen.

Neur Opertum als von den Blutfreiwilligen wird von den Personen verlangt, die auf der kleinen Liste derjenigen stehen, die jederzeit bereit sind, ein Stück von ihrer Haut zur Verfügung zu stellen. Dies Opfer bringt mitunter beträchtliche Verletzung und Krankenhausaufenthalt — nach einer Operation unter Narkose — mit sich. Neben den Verletzern gibt es auch Blutverluster. Sie bezahlen für jede Operation fünf Pfund, d. h. etwa 100 M.

Hundert Jahre Blindenschrift. Das Pariser Blindeninstitut feierte dieser Tage die Erinnerung an Braille, der vor hundert Jahren die Blindenschrift erfand, wie sie heute im internationalen Gebrauch ist. Man kann Braille allerdings nicht den eigentlichen Erfinder der nach ihm benannten Schrift nennen, die vielmehr von dem lebenden Franzosen Charles Barbier in ihrem Grundwesen, der zwölfspeintigen Grundform schon vor ihm erdacht und von Braille nur erweitert und auf lediglich sechs Punkte vereinfacht worden war. — Louis Braille, der Sohn eines Böttchers in Courcouronnes wurde im Jahre 1809 geboren und hatte als dreijähriges Kind infolge eines Unfalls das Augenlicht verloren. Mit lebhaftem Intelligenz begab, folgte er nichts desto weniger dem Unterricht in der Volksschule und trat 1819 in die dreißig Jahre vorher gegründete Blindenschule in Paris ein. Er widmete sich hier in erster Linie der Musik und brachte es auf dem Klavier, dem Cello und der Orgel zu bemerkenswerter Fertigkeit. Er waitete denn auch längere Zeit seines Amtes als Organist in verschiedenen Pariser Kirchen. Das ganze Denken und Sinnen galt aber der Verwirklichung seines langgeheuten Traumes, eine praktisch verwertbare Methode zu finden, die es jedem Blinden gestatten sollte, Bücher und Noten zu lesen, ohne die Hilfe von Sehenden in Anspruch zu nehmen. Auf der Grundform des Barbierischen Systems arbeitete er dann auch seine Methode aus, die darauf beruhte, das Alphabet, die Satzzeichen und Ziffern, durch erhöhte Punkte und Linien von verschiedener Zahl und Anordnung herzustellen. Im Jahre 1825 trat er mit seinem fertigen System hervor, das bald in allen Blindenanstalten eingeführt wurde.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel „Warnung vor Konsumieren“ unserer heutigen Morgennummer hat sich ein unangenehmer Druckfehler, beinahe Dreifacher, eingeschlichen: Die Kapellmeisterposten wurden nicht „versaut“, sondern „safari“ genannt.

Staatliche Ankäufe für die Nationalgalerie. Auf der diesjährigen Reichstagsversammlung der Akademie der Künste hat der Kultusminister auf sein zur Verfügung stehendes Mittel die Werke folgender Künstler angekauft und der Nationalgalerie überwiesen: Theo Champson, Düsseldorf; „Am Rhein“, Franz Domschitz, Ansbach; „Carl Oser, Alsdorf“, Franz Hoffmann-Hallenleben, „Haus in der Sonne“, Anton Reichbauer, „Tieregarten“, Bruno Krauskopf, „Mannschiff“, Max Liebermann, „Selbstbildnis“, Heinrich Roux-Düsselhof, „Das Dillborn“, Fritz Klimsch, „Alte“, C. A. Weiß, „Bühnenbild des Interiors“.

Eine Fachschule für Hundezucht. Am Betreiben des Deutschen Schäferhund-Bundes ist in Berlin in der Tierärztlichen Hochschule eine „Fachschule für Hundezucht“ ins Leben gerufen worden, in der alle Fragen der Hundezucht wissenschaftlich behandelt werden sollen. Man will hier eine Bildungshöhe schaffen, die jedem ernstlichen Hundezüchter offen steht und rein wissenschaftliche Zwecke verfolgt.

Aushöhlung der Sozialversicherung.

Verschlechterung des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat seine Beratungen über die Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes am Montag in zweiter Lesung beendet. Der in erster Lesung gefasste Beschluss, die Versicherungspflichtgrenze auf 8400 M. zu erhöhen, wurde in zweiter Lesung von den Regierungsparteien wieder umgeworfen. Die aus der Ermächtigungstabelle stammende Vollmacht des Reichsarbeitsministers zur jeweiligen Festsetzung der Grenze wurde wiederhergestellt. Die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten, den aus der Arbeiterkraft hervorgehenden Angestellten (Werkmännern usw.) die Beitragswochen aus der Invalidenversicherung auf die Wartezeit in der Angestelltenversicherung anzurechnen, wurden ebenso wie die Anträge auf Einführung eines obligatorischen Heilverfahrens niedergestimmt. Um die Beiträge entspannen sich ein heißes Ringen. Abg. Aufhäuser begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der durch Einbeziehung der besser bezahlten Angestellten eine Entlastung der schlechthabenden herbeiführt. Er wies nach, dass nach den eigenen Berechnungen der Regierung keine Notwendigkeit vorliegt, alle Beitragsklassen mit höheren Beiträgen als bisher zu belasten. Sämtliche bürgerliche Parteien stellten sich jedoch auf den Boden der Regierungsvorlage und erhöhten alle Beiträge um ein Drittel, so daß der Monatsbeitrag künftig betragen soll:

Gehaltsstufe A	2 Reichsmark	Gehaltsstufe D	12 Reichsmark
B	4	E	16
C	8	F	20

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde auch beschlossen, Richtlinien herauszubringen, die bei Maßnahmen allgemein sozialhygienischer Art die staatliche Sozialversicherung mit der privaten Wohlfahrtspflege verknüpfen soll. Von der Deutschen Volkspartei wurden Anträge gestellt, die eine Erweiterung der Erwerbslosen einzelner Betriebe bezwecken. Sie bedeuten eine völlige Aushöhlung der Sozialversicherung, so daß selbst die bürgerlichen Parteien noch nicht zugestimmt haben. Doch soll der Ruhestand bis zur Pensionierung am Mittwoch fertig gemacht werden.

Gegenüber der sozialdemokratischen Forderung, die für die zentralen Körperschaften der Angestelltenversicherung an Stelle der heutigen doppelt indirekten Wahlen durch besondere Wahlmänner Urwahlen setzen und die Wahlperioden zum Verwaltungsrat von 6 auf 4 Jahre verkürzen will, hielten sich die bürgerlichen Parteien in hartnäckiges Schweigen, um schließlich ohne sachliche Debatte alle Anträge, die die Verfassung der AV. betreffen, abzulehnen. Die Abgeordneten Thiel-Lambach, Gerig von den Regierungsparteien, die sonst als Beamte des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sehr radikale Töne von sich geben, machten alle Verschlechterungen der Angestelltenversicherung und die soziale Belastung der Versicherten mit.

Eine neue Lohnklasse für die Invalidenversicherung.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschloß am Montag, den fünf Lohnklassen der Invalidenversicherung eine sechste anzufügen. Die Einkommensgrenzen und Beiträge für die einzelnen Klassen wurden wie folgt festgesetzt:

Klasse 1: Wochenlohn bis	6 Mark	Beitrag	25 Pf.
2:	12	50	
3:	18	70	
4:	24	100	
5:	30	120	
6:	über 30	140	

Der Grundbetrag der Rente soll von 120 auf 156 Mark erhöht werden. Der Steigerungsbetrag für alle nach dem 31. Dezember 1923 gezahlten Beiträge erhöht sich auf 20 Proz. und das Aindergehalt auf 90 Mark. Die Beitragserhöhungen treten am 1. August, die Beitragserhöhungen am 28. September in Kraft. Die Mehrausgaben betragen auf Grund der neuen Beitragserhöhung etwa 35 bis 40 Millionen Mark pro Jahr.

Die Erhöhung der Biersteuer beschlossen.

Die Bayerische Volkspartei fällt um.

Im Steueraussschuß des Reichstages wurde am Montag der Initiativantrag der Regierungsparteien über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verhandelt. Nach der Ablehnung der Regierungsvorlage, die eine Erhöhung der Biersteuer um 100 Proz. und eine allgemeine Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolls vorschlag, haben die Regierungsparteien einen neuen Antrag eingebracht, der eine etwas geringere Erhöhung vorsieht.

Genosse Simon-Schwaben legte dar, daß jede weitere Erhöhung der Steuer auf Bier und Tabak bedeuten würde, daß die Leistungsfähigkeit der breiten Massen bereits gegenwärtig zu einer starken Einschränkung des Konsums geführt habe. Neben den wirtschaftlichen Schädigungen des Gewerbes seien aber auch erhebliche Schädigungen der betroffenen Arbeiterschaften zu befürchten. Der sozialdemokratische Antrag, die Erhöhung der Biersteuer abzulehnen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Der Antrag der Regierungsparteien wurde angenommen, der eine Erhöhung der Biersteuer um 45 Proz. mit sich bringt. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, den Zoll für eingeführtes Bier auf der alten Höhe zu belassen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über den sozialdemokratischen Antrag, den Arbeitern und Angestellten des Brauergewerbes, die infolge eines Produktionsrückganges durch die Steuererhöhung arbeitslos werden, Unterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren. Während die Demokraten die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag erklärten, versuchten es die übrigen bürgerlichen Parteien mit Ausschüßeln, ohne die von den Genossen Simon-Schwaben und Dr. Herz vertretenen Gründe irgendwie erschüttern zu können. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, indessen ein demokratischer Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, bis zur zweiten Lesung eine entsprechende Fassung vorzulegen, damit den arbeitslos Gewordenen eine Unterstützung zu teil wird.

Die Sozialdemokratie hatte des weiteren den Antrag gestellt, die im Brauergewerbe noch bestehenden Reste der Zwangsversicherung, die die freie Konkurrenz ausschalten und leblos den großen Brauereien zugute kommen, aufzuheben. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Für ihn stimmten nur noch die Kommunisten und die Vertreter der Wirtschaftspartei, während der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Abg. Mera, dagegen stimmte, trotzdem sein Parteifreund Dr. Hoyerlacher kurz vorher für das Gegenteil geredet hatte.

Der Ausschuss begann hierauf die Beratung der Tabaksteuer. Genosse Meier-Boden lehnt die Erhöhung der Tabaksteuer ab. Man schließt sich Abg. Bäll (Dem.) an.

Die Rechte der Beamten.

Zunächst wird gemeldet:

In einer kleinen Anfrage im Landtag wurde ausgeführt, dem Studienrat Dr. Witte sei vom Berliner Provinzialschulkollegium die Einsicht in mehrere Schriftstücke, die Urteile über seine dienstlichen Leistungen enthalten, mit der Begründung versagt worden, daß die Schriftstücke nicht zu seinen Personalakten gehörten. Es wurde auf die Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung zum Art. 129 der Reichsverfassung hingewiesen, in denen bestimmt sei, daß Rebenakten, deren Einsicht den Beamten vorzuenthalten werden soll, nicht geführt werden dürfen. Der Unterrichtsminister teilt nunmehr mit, daß die nötigen Anordnungen getroffen sind, um dem Studienrat Dr. Witte die Einsicht in die zu seinen Personalakten gehörenden Schriftstücke zu ermöglichen.

Bayerisches Viertel.

Der Platz wirkt wunderbar geschlossen. Die Häuser liegen ruhig und schwer da. Ihre dunkle Silhouette steht vor dem klaren Nachthimmel. Das Abendrot verflüchtigt manche übertriebene Verzierung, manchen kapriziösen Erker, der die Großflächigkeit stört. Um derselbe großzügige Stil in den Straßen, die zum Bayerischen Platz führen, auch in der Stubbenstraße, wo vor einigen Tagen eine Unglückliche als Opfer einer tranken Liebe endete. In der Nachbarschaft übt sich jemand mit weniger Fingerfertigkeit als gutem Willen auf einem treuen Klavier, von ferne rönt aus einem freischwebenden Praxinoskop. hängen ein Schlag. Sonst herrscht Stille. Wenige Autos verkörpern etwads in diesen Straßen.

In den Anlagen des Bayerischen Platzes herrscht sinniges Familienleben mit portuliertem Einschlag. Ehepaare sitzen auf den Bänken und wissen sich nichts mehr zu sagen. Den wenigen Kindern, die der Tag auf dem Platz noch übrig gelassen hat, wird definitiv zum gutwilligen Schlafengehen zugerufen. Hausmädchen führen ihre Sehnüchte und die Hunde ihrer Herrschaften an der Leine spazieren. Gesellschaftsfähige Steuerzahler wohnen in dieser Gegend, die sich den Luxus mehrerer Hunde leisten können, doch neben den Rechtsanwalts- und Arztwohnungen gibt es auch viele Pensionate und diskrete möblierte Zimmer. Einige Herren mit der Allüre eines Filmhelden stehen angenehm Pose, ihr lässliches Auge mustert das Terrain. Die Linden duften dazu unanständig aufreizend. Vor dem Schaufenster eines Lederwarengeschäftes schneit eine Dame entzückt in dem Anblick einer Handtasche. Ihr Begleiter ist plötzlich schwerhörig geworden. Die Dame rückt nach einem nicht ganz einwandfreien Parfüm. Ueberhaupt ist alles bei ihr zu sehr betont. Sie ist betnahe elegant gekleidet, doch die Spangenschuh passen nicht zu dem Raschmirmaniel und dem Wildlederhut. Die Dame steht zusammengesunken aus und entwickelt eine Eleganz, wie sie sich der kleine Mann vorstellt.

Und allmählich haben die Menschen auf dem Platz gewechselt. Die Ehepaare haben eingesehen, daß sie sich nicht harmonisch dem Geruch der Linden einfügen können, sie sind in ihr weniger aufregendes trautes Heim übergesiedelt. Ueberall wandeln jetzt elegante Damen verschiedener Jahrgänge, deren Hände trotz liebevoller Pflege etwas ungeschickt aussehen. Sie stehen auf dem Trottoir oder promenieren in den Anlagen und sitzen in den Cafés, wo der Kellner nur den Herren gegenüber große Liebenswürdigkeit und wüden Geschäftselber entwickelt. Und alle von der schüchternen Anfängerin bis zur routinierten Großmutter schweigen und warten. Nur die Augen leben in dem Gesicht, das zu stark geschnitten ist.

Am Rande des Platzes machen Autos und Straßenbahnen weißstädtische Stimmung. Die Häuserblöcke liegen nun völlig erloschen da, sie bilden die düstere Folie für diese schweigenden Damen. Hin und wieder wird ein Geschäft perfekt, ein Paar verschwindet. Und die zurückbleiben, verfolgen ängstlich den Zeiger auf ihrer Armbanduhr. Ansprüche und Preise sinken, die Augen werden noch müder und fälliger. Gleichgültig, wer jetzt noch kommt, wenn nur jemand käme und wenn es ein Hausdiener ist. Die Damen stehen da, schweigen und warten.

Beschleicht sie vielleicht der Gedanke an das Schicksal jener Armen in der Stubbenstraße?

Frau „Kapitän“.

Die Abenteuer einer Entlaufenen.

Abenteuerliche Geschichten erzählt ein Mädchen aus einem Dorf in der Nähe von Dresden, das sich kürzlich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels im Berliner Polizeipräsidium meldete. Wie die Zwanzigjährige zunächst sagte, traf sie am vergangenen Sonntag beim Schützenfest im Dorf auf der Festwiese einen ihr bekannten Arbeiter, der sich mit zwei Männern und einer Frau unterhielt. Die Frau gab ihr Bonbons, nach deren Genuss sie das Bewußtsein verlor. Als sie wieder zu sich kam, war es bereits Freitag, und sie befand sich auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Was unterdessen mit ihr geschehen war, wußte sie nicht. Als man ihr auf dem Kopf zusagte, daß sie Mädchen erzähle, gab sie schließlich zu, daß sie geschwindelt hatte. Jetzt sagte sie, sie sei mit den drei Männern und der Frau teils mit Auto, teils mit der Eisenbahn gefahren. Auf dem Bahnhof in Berlin habe sie der unbekannt Frau 100 M. weggenommen und sei nun in Berlin umhergelaufen. In der Meinung, ihren Gepäckschein verloren zu haben, habe sie die Bekäubung erfunden, um auch ohne Schein wieder in den Besitz ihrer auf dem Anhalter Bahnhof in Verwahrung gegebenen Sachen zu kommen. Der Gepäckschein fand sich aber bei einer Durchsichtung doch noch in ihrer Tasche, und so erhielt sie ihren Karton wieder. Was nun wirklich geschehen ist, weiß man immer noch nicht. Die Bekäubung hat sich nicht gemeldet und das Mädchen meint immer noch, daß die drei Mädchenhändler seien. Der Vater, der auf Benachrichtigung gestern nach Berlin kam, um seine in Schußhaft genommene Tochter abzuholen, berichtet, daß der Arbeiter aus dem Dorfe verschwunden sei. Die unbekannt Frau wurde, wie das Mädchen sagt, von den beiden Männern „Kapitän“ angedeutet.

Der großdeutsche Tag in Berlin.

Wie zu erwarten, hat der Ausruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zum großdeutschen Tage am 8. und 9. August in Berlin anlässlich der Verfassungsfeier einen starken Widerhall gefunden. Bisher liegen bereits Meldungen von 18 Sonderzügen aus dem Reich vor, wobei die Sonderzüge der 2000 Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes, die aus Deutschland erwartet werden, nicht mitgerechnet sind. Da das Ausschüß der Verfassungsfeier in Berlin ein ungeheuerliches sein wird, finden am Sonntag, den 9. August außer der Hauptfeier auf der Treptower Spielwiese noch 20 lokale Feiern in Berlin statt.

Wenn Wohnungen leer stehen.

Vom Bezirksamt Wedding wird uns geschrieben: „Wenn trotz Wohnungsnot da und dort Wohnungen längere Zeit leerstehen, so wirkt das zweifellos außerordentlich erbitternd auf diejenigen, die auf eine Wohnung respektieren, und auch auf andere, die die Wohnungsnot kennen. Es dürfte vielfach unbekannt sein, daß in vielen Fällen die Schuld die Hausbesitzer selber tragen. Das zeigt sich auch in dem vom „Vorwärts“ (Nr. 315 vom 7. Juli) veröffentlichten Fall, der sich auf eine Wohnung im Hause Braunstraße 33 bezieht. Aus irgendwelchem Anlaß war die Wohnung freigeblieben und der Hauswirt glaubte, über diese Wohnung verfügen zu können. Das war eine falsche Annahme, denn das Verfügungsrecht darüber hatte das Wohnungsamt Wedding. Das Wohnungsamt Wedding hat diese Wohnung bereits am 8. Januar in Anspruch genommen und in die Wohnung einen Bewerber eingewiesen. Das passte aber dem Hauswirt nicht, der die Wohnung einen ihm genehmen Mieter geben wollte. Er lehnte es ab, mit dem vom Wohnungsamt zugewiesenen Bewerber einen Mietvertrag zu schließen, weil die eingewiesene Familie aus sechs Köpfen bestand und die Mietezahlung nicht sicher schien, und nun mußten die Differenzen ausgeglichen werden. Um die Wohnung in der Hand zu behalten, beschlagnahmte das Wohnungsamt die Wohnung. Das Mietlingsamt beschloß Ende März den Abschluß eines Zwangsmietvertrages mit dem vom Wohnungsamt bestimmten Wohnungsuchenden. Auch jetzt ließ der Hauswirt den ihm zugewiesenen Mieter nicht einziehen; er legte Beschwerde ein, die an das Landgericht ging. Das Landgericht hat in seiner Sitzung vom 27. Mai 1923 die Beschwerde auf Kosten des Beschwerdeführers zurück-

gewiesen. Die Ausfertigung des Urteils ist am 1. Juli erfolgt und das Urteil ist dem Wohnungsucher Wedding in den ersten Tagen des Juli zugestellt worden. Die Schuld an der Verzögerung und an der Nichtbenutzung der Wohnung trifft den Hauswirt, doch ist zu wünschen, daß auch die Gerichte in solchen Sachen schneller arbeiten möchten.“

Mit schnellerer Arbeit der Gerichte wäre in der Tat allen Beteiligten gedient, nicht nur den Wohnungsuchenden und den Wohnungsmietern, sondern schließlich auch den Hauswirten.

Berliner Magistrat gegen Schwarz-Rot-Gold!

Nicht nur am 11. August, dem Tage der offiziellen Verfassungsfeier, sondern auch am 8. und 9. August, an den Tagen der in Berlin im Rahmen einer großdeutschen Kundgebung stattfindenden Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, wird die republikanisch gestimmte Bevölkerung Berlins die Häuser mit schwarzrotgoldenen Fahnen schmücken. Aus dem ganzen Reich werden viele Zehntausende Republikaner nach Berlin kommen, und auch 2000 unserer deutschösterreichischen Brüder werden hier eintreffen, um ihr Bekenntnis zur großdeutschen Republik abzulegen.

Von dem Magistrat der Hauptstadt unserer deutschen Republik hatte die Berliner Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erwartet, daß auch er schon am 8. und 9. August die städtischen Dienstgebäude werde beslaggen wollen. Eine dahingehende Bitte, die der Bauvorstand an den Magistrat zu Händen des Oberbürgermeisters gerichtet hatte, ist vom Oberbürgermeister nicht dem Magistrat vorgelegt, sondern dem Ausschüß für Verwaltung der städtischen Dienstgebäude überwiesen worden. Anscheinend im Auftrage dieses Ausschüßes hat dann der Sidrat Wege dem Bauvorstand folgende Antwort gegeben:

„Dem dortigen Erlauchen um Beslaggen der städtischen Gebäude in den Reichsfarben am 8. und 9. August d. J. anlässlich einer dortselbst veranstalteten Verfassungsfeier können wir zu unserem Bedauern nicht entsprechen.“

Herr Wege, der zur Deutschnationalen Partei gehört, wird diesen Bescheid nicht nur auftragsgemäß, sondern auch persönlich mit Vergnügen gegeben haben. Es ist eine bittere Ironie, daß der Magistrat der Reichshauptstadt, deren Bevölkerung in ihrer Mehrheit republikanisch ist, auf die Bitte um Beslaggen städtischer Dienstgebäude aus Anlaß einer republikanisch-größdeutschen Kundgebung durch einen deutschnationalen Stadtrat ablehnend antwortet. Wir hoffen, daß hiernächst das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Der Magistrat hat ein Recht, selber zu entscheiden und sich dagegen zu wehren, daß er durch einen Deutschnationalen vertreten und vor der Welt blamiert wird!

Ein merkwürdiger Selbstmordversuch.

Wiel sie des Lebens überdrüssig war, versuchte gestern abend die 21 Jahre alte Verkäuferin Erna Br. auf sensationelle Weise im Vergnügungspark Hap ihrem Leben ein Ziel zu setzen. Kurz vor dem Auftreten der Seiltänzertruppe ging das Mädchen durch den Absperrungsring und begann an der Leiter zum Turmsteil hinaufzuklettern. In etwa 15 Meter Höhe glückte es, das Mädchen einzuhaken; es ergiff jedoch die Aufzugseine und rutschte darauf zur Erde hinab. Das Mädchen trug erhebliche Verletzungen an beiden Handflächen davon. Nachdem die Br. in der Sanitätswache verbunden war, gab sie an, daß sie zum Turmsteil emporklettern und sich von oben hinabstürzen wollte. Sie gedachte auf diese sensationelle Weise aus dem Leben zu scheiden, um zu erreichen, daß die Leute von ihrem Tode sprächen.

Der Londoner Probeomnibus im Betrieb. In diesen Tagen konnte man zum erstenmal in London angebotenen Omnibus im Betrieb sehen. Der Omnibus läuft vorläufig per Versuchsweise auf der Strecke Stettiner Bahnhof—Steglich (Linie 5). Der Wagen hat ein geschlossenes Verdeck und macht einen ziemlich plumpen Eindruck. Die einzigen Vorteile den modernen Wagen der Abzug gegenüber dürften allein nur in der besseren Federung und in der Befremung vom Benzingeruch liegen.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten. In der eierlichen Wohnung in der Potsdamer Str. 31 hat sich gestern nachmittag der dort auf Urlaub befindliche Schütze Hermann Kadeloff mit seiner Dienstpistole erschossen. Der Grund zu dieser unglücklichen Tat ist unbekannt. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wohltätigkeitsfest auf dem Tempelhofer Feld. Die Kolonie „Deutsche Reichspost“ veranstaltete am Sonntag nachmittag auf dem Tempelhofer Feld ein großes Wohltätigkeitsfest, das mit einem Kinderfest verbunden war. Es war ein großer, gut organisierter Nummel, auf dem sich Erwachsene und Kinder gleich trefflich amüsierten. Konzert, Gesangsvoorträge, Verlosung, Tingeltangel und Kinderbelustigungen bildeten ein Potpourri, in dessen bunten Bildern die Stunden im Fluge vergingen. Eine richtige Dielen mit Jazzband war improvisiert. Alles in allem: Eine unterhaltsame Angelegenheit, die nur durch einen kleinen Regenguß in den Abendstunden eine kurze Unterbrechung erlitt.

Reichsmechanikertag. Der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Mechaniker hatte die Vertreter der Presse zu einer Besprechung im Rheingold gebeten, wo über die Vorarbeiten zu dem vom 17. bis 22. Juli in Berlin stattfindenden Reichsmechanikertag berichtet wurde. Die ersten Teilnehmer sind bereits aus der Schweiz auf ihren Rädern eingetroffen. Der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, D. Bernhöfer, gab einen Ueberblick auf das Entstehen und Wirken desselben. Die Veranstaltung soll auf den Verband ausmerklich machen, der der stärkste in dieser Branche ist, 1919 gegründet wurde und 14000 Mitglieder hat. Der Reichsverband verfügt über zwei Zeitungen, ebenso über eine Nähmaschinenfabrik in Bielefeld und eine Motorschule in Chemnitz.

150 Typhusfälle in Anklam.

In Anklam (Pommern) ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist bereits auf 150 gestiegen. Bisher ist nur ein Todesfall zu verzeichnen. Man nimmt an, daß die Seuche durch Milch eingeführt wurde, da die chemische Untersuchung des Milchsaftes auf Typhusbazillen negativ verlief. Von Berlin aus sind Hilfsmassnahmen eingeleitet.

Großfeuer auf der Wahrenfelder Rennbahn.

Hamburg, 14. Juli. (Wigener Drohtbericht.) Die bei Altona gelegene Wahrenfelder Rennbahn wurde heute Nacht von einem schweren Brandunglück heimgesucht, bei dem ein großer Rennstall, in dem etwa 40 Pferde untergebracht waren, abbrannte. Dem Feuer fielen ein Stallmann und 15 Rennpferde zum Opfer. Die Ursache des Brandunglücks steht nicht genau fest.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 29. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 30. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 31. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 32. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 33. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 34. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 35. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 36. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 37. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 38. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 39. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 40. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 41. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 42. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 43. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 44. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 45. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 46. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 47. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 48. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 49. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.
- 50. Abt. Letzte nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung bei Burg.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf im Baugewerbe.

Die A.P.D. im Bunde mit den Unternehmern.

In unserer Sonntagsnummer haben wir bereits die Kundgebung der Bauunternehmer gegen die Bauhütte besprochen. Die Unternehmer bewerten die Tätigkeit der Bauhütte als eine „Parteinahme zugunsten der streikenden Bauarbeiter“. Auch ein in Tempelhof erscheinendes „unparteiisches“ Lokalblatt des deutschen Couleur entrüstet sich darüber, daß die Bauhütte den Streikenden „in den Rücken fällt“.

Selbstverständlich darf die „rote Fahne“ in diesem hinterhältigen Kampf gegen die Bauarbeiter nicht fehlen. Zu diesem Zweck läßt sie mit Vorliebe die Akkordarbeiter aufmarschieren, gegen die sie sonst nicht genug weitem kann. Ihr sind aber alle Mittel recht, wenn sie nur zur Zerstörung der Gewerkschaften und zur Stärkung des Kampfes der Arbeiter dienen können.

Bisher hat sie wohlweislich die Zimmerer aus ihrer Polemik herausgelassen. Nun ruft sie auch diese zur Hilfe. Wir stellen deshalb fest, daß die Zimmerer bisher einen allgemeinen Streik gar nicht beschlossen hatten, sondern einen sogenannten Bewilligungstreik. Im übrigen erfolgen unsere Mitteilungen, wie sich das für den „Vorwärts“ von selbst versteht, bei jedem Kampf stets nach Rücksprache mit der zuständigen Organisation. So wird auch gegenüber den Zimmerern verfahren, ganz gleichgültig, ob deren Zahlstellenleitung sich aus Mitgliedern der A.P.D. zusammensetzt. Wir wünschen, die „rote Fahne“ wäre wenigstens in diese Fälle unserem Beispiel gefolgt, statt den Zimmerern sorgfältig Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Im übrigen wollen wir ein für allemal mit dem Blödsinn aufklären, wonach bei der Bauhütte unbedingt gestreikt werden müsse, und ein Streik nur dann Erfolg habe, wenn er allgemein sei, d. h. auch die Unternehmer treffe, die die Forderungen der Arbeiter bewilligen.

Daß die Bauhütte ein Unternehmen der Gewerkschaften ist, und daß schon deshalb eine Arbeiterniederlegung einen Kampf gegen die Gewerkschaften bedeutet, haben wir bereits festgestellt, wie wir auch festgestellt haben, daß die Bauhütte die sozialen Forderungen bewilligt und durchgeführt hat, bevor es zu dem gegenwärtigen Kampfe gekommen ist. Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß nur SPD-Leute auf der Bauhütte beschäftigt werden, ist eine mit Bewußtsein ausgesprochene Lüge.

Was ist das aber für eine „Taktik“, die von vornherein alle Unternehmer in eine Einheitsfront zusammenpreßt? Wo hat es jemals eine Gewerkschaft gegeben, die keinen Unterschied macht zwischen den Unternehmern, die die Forderungen der Arbeiter ablehnen, und denen, die sie bewilligen? Wenn von 100 Unternehmern 40 bewilligen, die vielleicht 8000 Arbeiter beschäftigen, während 60 Unternehmer mit vielleicht 3000 Arbeitern ablehnen, dann müssen die 8000 Arbeiter nach dem Rezept der „Roten Fahne“ streiken, nur damit die Kravater, die ablehnen, keine Konkurrenz zu fürchten haben, und so je leichter durchhalten können, weil die Streikenden sich inzwißchen verbluten.

Daß die Bauhütte den Unternehmern verhaßt ist, kann niemand ernsthaft bestreiten. Daß die Verringerung der Zahl der Streikenden deren Widerstand erleichtert, liegt auf der Hand. Das ganze Geschrei gegen die Bauhütte zeugt also entweder von großer Kurzsichtigkeit, oder von der bösen Absicht, den Kampf der Bauarbeiter zu sabotieren. Diese Absicht, damit werden sich die Unternehmer schon abfinden müssen, wird ihr Ziel nicht erreichen.

Ausperrung in Sachsen-Anhalt.

Wie uns aus Magdeburg gemeldet wird, ist nimmere auch in Mitteldeutschland die Ausperrung der Bauarbeiter vollzogen worden. Der Ausperrungsbefehl stützt sich auf angebliche Teilstreiks. In Wirklichkeit bestand nur im Bezirk Dessau ein Streik und zwar weil der Arbeitgeberverband den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt hatte. Da ein Reichs- oder Bezirksarbeitsvertrag schon seit dem 1. April 1924 nicht mehr bestand, hatten beide Parteien volle Handlungsfreiheit. Nach Sachsen sind somit die Bauarbeiter auch im Bezirk Sachsen-Anhalt ausgesperrt, nachdem die Ausperrung bereits in Baden und Württemberg bestand.

Die Taktik der Unternehmer ist also ganz klar. Es ist dieselbe, die man auch in der Holzindustrie versucht hatte: eine Generalausperrung vorzunehmen, um die Arbeiterschaft zum Verbluten zu bringen und ihr dann die Bedingungen der Unternehmung aufzwingen zu können. Der Unterschied ist nur der, daß die Unternehmer im Baugewerbe erheblich geschickter vorgehen, als es die Unternehmer in Holzgewerbe taten.

Für die organisierten Bauarbeiter gilt es, genau zu prüfen, ob sie sich diese Taktik der Unternehmer der Verbreiterung der Kampffront auszuweichen lassen wollen. Diese Frage gilt insbesondere in Berlin, wo allerlei Querulanten am Werke sind, um die Beschlässe der Organisationen gewaltsam zu durchbrechen und den Bauunternehmern in die Hände zu arbeiten. Das Ziel der Bauarbeiter ist nicht, monatelang zu streiken, sondern ihre Forderungen durchzusetzen.

Aus der Stud- und Gipfbauachgruppe.

Einer gedrängt vollen Versammlung am Sonntagvormittag im „Dresdener Kasino“ berichtete der Reichsgruppenobmann Genosse Denthals aus Hamburg über den Reichsarbeitsvertrag im Baugewerbe. Zum 10. Juli waren Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium angelegt, die jedoch vor ihrem Beginn durch den Syndikus Dr. Rilenz vom Verband der Baugeschäfte im Auftrage der Unternehmerorganisation Deutscher Studgewerbebund mit einer

Erklärung abgelehnt wurden, in der zum Ausdruck kam, daß der Studgewerbebund seine Selbständigkeit aufgegeben habe und Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag nur in Verbindung mit solchen für das ganze Baugewerbe geführt würden. Diese Abmachung der Unternehmer sei auf die Forderung der Gipser in Württemberg und Baden hin, neben den Löhnen auch andere tarifliche Fragen zu regeln, und insbesondere auf die angeblich unmotivierte Arbeitseinstellung der Berliner Stuckaleure und Puzer zurückzuführen.

Die Diskussion richtete sich gegen jede für den Reichsarbeitsvertrag geplante Verschlechterung. Es wurde jedem Ausgleichsversuch Ostendals zwischen Berlin und dem übrigen Reich stürmisch widersprochen. Auch wurde gefordert, daß den Berliner Kollegen im „Grundstein“ Raum gegeben wird, sich zum Reichsarbeitsvertrag zu äußern. Zur Frage unserer Beteiligung am Streik im Baugewerbe wurde festgestellt, daß die Unternehmer es waren, die bei den vorjährigen Tarifverhandlungen unserem Bestreben „Los von den Mauern“ nicht stattgaben, obgleich wir uns im Juni 1923 in derselben Situation befanden. Jetzt dagegen haben bereits eine ganze Anzahl Studunternehmer sich bereit erklärt, die Löhne entsprechend zu erhöhen und aufgefordert, weiter zu arbeiten. Die Versammelten brachten zum Ausdruck, daß, wenn den Unternehmern daran gelegen ist, mit uns ein Lohnabkommen zu treffen, dem unsererseits nichts im Wege steht.

Verbandstag der Maler.

Die Generalversammlung des Verbandes der Maler in Dresden erreichte am Freitag ihr Ende. Vormittags wurde die Abänderung der Statuten beraten. Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, für eine Annetie in allen Staaten, also auch in Sowjetrußland einzutreten, wurde angenommen. Dafür stimmten auch die Kommunisten, wenn auch nur mit sehr gemischten Gefühlen. Der bisherige Vorstand: Streine, Vorsitzender, Heitrich, Kassierer; Mark, Schriftführer, Ringel, Mehrens, Thomen und Schwab, Beisitzer, wurde einstimmig wiedergewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftsfongress wurden Bah, Jakubetz und als deren Stellvertreter Buch und Schieman gewählt. Mit einer kurzen Rede des Genossen de Haas, des ältesten Verbandsmitgliedes, fanden die Beratungen ihren Abschluß.

Lohnbewegung in der Batterie- und Elementenindustrie.

Am Montagabend tagte im Gewerkschaftshaus eine harte besuchte Vollversammlung der in der Batterie-, Element- und Zinkblechindustrie Beschäftigten, um zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen.

Klein vom Fabrikarbeiterverband gab den Bericht von den Verhandlungen. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Fabrikarbeiterverband hatten im Auftrage ihrer Funktionäre eine 20prozente Lohnerhöhung bei den Unternehmern beantragt. Bei den beiderseitigen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, die Löhne der Akkordarbeiter und Arbeiterinnen um 10 Proz. und die Löhne der Jugendlichen auch etwas erhöhen zu wollen. Den Lohnarbeitern könnten sie aber eine Lohnzulage nicht gewähren. In einer nochmaligen Verhandlung blieben die Unternehmer ebenfalls bei dem gleichen Angebote. Sie erklärten, da sie Aufträge für längere Zeit fest abgeschlossen hätten, könnten sie keine weiteren Zugeständnisse mehr machen, da sonst die Kalkulation ins Schwanken käme.

Die Vollversammlung lehnte einstimmig dieses Angebot als völlig ungenügend ab und beschloß, zunächst einzeln in den Betrieben Forderungen zu stellen. Während dieser Zeit werden sie in den Betrieben eine rege Propaganda entfalten, um auch den letzten Unorganisierten seinem Verbande zuzuführen. Sollte das betriebsweise Vorgehen keinen Erfolg haben, so werden sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre gerechten Forderungen durchzusetzen verstehen.

Niederlage der Moskauer in Thüringen.

Erfurt, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Wahlen im Deutschen Metallarbeiterverband zum Gewerkschaftsfongress wurden in Thüringen die Kandidaten der Richtung Amsterdam gewählt. Ueber 75 Proz. von den abgegebenen Stimmen fielen auf die Amsterdamer Liste; 3 Delegierte wurden gewählt. Diese schwere Niederlage der Kommunisten ist um so empfindlicher, als Thüringen einst ihre Hochburg war. Selbst da haben sie noch nicht ein Viertel aller Stimmen aufgebracht.

Riesenkampf in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie.

Pforzheim, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Riesenkampf in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie dauert in unverminderter Stärke an. Von den in ihr beschäftigten 34 000 Arbeitnehmern haben bis heute mindestens 30 000 die Arbeit niedergelegt. Der Arbeitgeberverband erjucht in einer heute abgeschlagenen Auforderung, die Arbeit bis Mittwoch wieder aufzunehmen, andernfalls die Arbeitnehmer als entlassen zu betrachten seien. Dieser Versuch kann von vornherein als mißlungen bezeichnet werden. Am Mittwoch morgen findet in Pforzheim eine große Demonstration als Antwort auf diesen Bluff des Arbeitgeberverbandes statt.

Ein „treudeutscher“ Gewerkschaftskassierer.

Halle, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Als ein Musterstück von Ehrlichkeit erwies sich dieser Tage der bisherige Halbeslebener Geschäftsführer des deutschen nationalen Handlungshilfsverbandes. Die Mitglieder dieser Organisation in Halbesleben und Umgebung wurden kürzlich aufgefordert, ihre Beiträge direkt an den Verband abzuliefern. Borekri obote niemand, was sich eignete hatte. Erst jetzt stellt sich heraus, daß dem „treudeutschen“ Mann zu seinem feudal-nationalen Lebenswandel die legalen Einkünfte nicht genügen. Er nahm deshalb eine

andere Stellung an, um schon nach wenigen Tagen die Kasse zu plündern. Gleichzeitig sind die Bestände der Verbandskasse verschwinden. Der „nationale“ Spießhube ließ Frau und drei Kinder zurück und suchte mit seiner Liebhaberin das Weite.

Ein „revolutionärer“ Metallarbeiter.

Das Betriebsratsmitglied Knippel bei der Firma Britag hat seine Kollegen um 800 M. betrogen. Er war (oder ist es noch?) ein hervorragendes Mitglied der „oppositionellen Richtung“ im DAV. Wir haben mit dieser Richtung absichtlich bis nach der Wahl gewartet, weil wir nicht, wie die A.P.D., die Wahlkampagne mit persönlichen Angriffen führen, ist auch einer von den „Tautend“ revolutionären Kommunisten, die von den Ziska-llrich ausgeschlossen wurden.

Streitabkommen englischer Gewerkschaften.

London, 13. Juli (Eigener Drahtbericht). Der Generalsekretär der Bergarbeiter erklärte am Montag, daß zwischen seinem Verbande und den Gewerkschaften der Eisenbahner, Transportarbeiter, Maschinen- und Werftarbeiter ein Abkommen unterzeichnet worden sei, das eine gegenseitige Unterstützung in Arbeitskonflikten vorsehe. Dieser Vereinbarung ist in Anbetracht des drohenden Bergarbeiterstreiks besondere Bedeutung beizumessen.

Arbeiter-sport.

Vorkämpfe zur Arbeiter-Olympiade.

Die Vorproben zur 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade, die am 11. und 12. Juli im Stadion zu Frankfurt a. M. abgehalten wurden, verliefen bei herrlichem Wetter in glänzender Weise. Mit der Veranstaltung, die einen Massenbesuch der Frankfurter Arbeitererschaft aufwies, waren Reisterschaftskämpfe in Leichtathletik des 5. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes verbunden, wobei hervorragende Leistungen gezeigt wurden. Großes Interesse fanden besonders auch die schwimmportlichen Wettkämpfe in der zum Stadion gehörigen Schwimm-sportbahn. In einem gut durchgeführten Fußballspiel zwischen den Kreismannschaften Baden und Hessen-Nassau blieb Baden mit 3:2 Sieger.

Sport.

Die Schau-Vorkämpfe im Map fanden gestern Abend bei gutem Wetter und gutem Besuch ihren Fortgang. Durch die Seile stiegen ein erstes Paar die Leichtgewichtler Czjzjon-Berlin und Hentschel-Berlin. Czjzjon zeigte bald, daß er mit den Handschuhen gut umzugehen versteht. Die Kampfführung war ständig in seiner Hand, ebenso war die Belmardet gut. Sein Gegner Hentschel erwies sich als ein sehr unfertiger Mann, der selbst seine Vorteile, größere Reichweite, nicht ausnützte. Da die Kämpfe nach amerikanischem Muster ausgetragen werden und nur der Niederlag den Sieg bringt, mußte der 4-Runden-Kampf mit Unentschieden abgebrochen werden. Dieckmann-Berlin kreuzte mit Ander-schich-Wien die Handschuhe, schon in der ersten Runde machte sich die Leberlegenheit des Berliners bemerkbar. Durch gute Schläge und Haken brachte er den Wiener bald ins Schwimmen und schickte ihn einmal bis 9 zu Boden. In der zweiten Runde folgten dann weitere Kinnhaken, die den gut arbeitenden Wiener schließlich doch bis 10 am Boden festhielten. Als Ringrichter fungierte Dr. Guitmann.

Aus der Partei.

„Die Gesellschaft.“

Den Hauptinhalt des soeben erschienenen Jahrbuches unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ bilden außenpolitische Fragen, die in einer Reihe von Aufsätzen behandelt werden. Das aktuellste Interesse beansprucht die Abhandlung von Dr. Hans Wehberg „Die Feststellung des Angreifers im Garantievertrag“, die wertvolles Material zur Erörterung des Sicherheitspactes liefert. Der Aufsatz von Dr. Gerhard Lütkens „Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik der Vorkriegszeit“ behandelt an Hand der jüngsten Veröffentlichungen die wirtschafliche Außenpolitik vor Ausbruch des Weltkrieges. Dr. Alfred B. Agis führt schließlich in seiner Abhandlung „Petroleumpolitik“ in die komplizierten, kapitalistischen Interessengegensätze auf dem Gebiete der Erdölbeschaffung hinein, die von ungeheurem Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Politik sind. Von großer aktueller Bedeutung ist auch der Aufsatz von Hermann Wendel „Das südslawische Staatsproblem“, der in die viel zu wenig beachteten Vorgänge auf dem Balkan hineinleuchtet.

Von allgemein theoretischem Interesse ist der Artikel von Prof. Eric Rösting „Der Sozialismus und die Kulturunterschiede“, in dem der Verfasser sich mit Spengler und seinen Jüngern auseinandersetzt. Die Aufsätze von Bruno Nisch „Randbemerkungen zur Reichssteuerreform“ und von Emil Strauß „Gleitende Gebietsverhältnisse in der Tschechoslowakei“ liefern gutes Material zur Erörterung der jetzt im Vordergrund stehenden Zoll- und Steuerfragen. Von außerordentlichem Interesse ist schließlich der Artikel von W. Majerczyk „Neuere Fortschritte in amerikanischen Großkraftmaschinen“, der an Hand der amerikanischen Erfahrung neue Wege für die Entwicklung der deutschen Technik und Energie-wirtschaft weist.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: Arthur Seltenow; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schifano; Soziales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Glöde; Druck: Schmidt in Berlin. Berlin: Nordwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Grosser Saison-Ausverkauf

Vom 15. Juli bis 4. August

J. Baer, Berlin N20
Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee

Nicht
warten!

Spezial-Haus für
Herren-, Jünglings-
u. Knaben-Kleidung
Elegante Mahanfertigung
Sport- u. Berufs-kleidung jed. Art



Nicht erst der unbedingt notwendige Bedarf muß Sie veranlassen zu kaufen, sondern auch die Gelegenheit, die Ihnen durch **wirtschaftlich billige Preise** geboten wird, **muß ausgenutzt werden.**

Eilen Sie daher! Eine solche Gelegenheit, **praktisch und billig einzukaufen**, muß Sie veranlassen, in unserem **Saison-Ausverkauf** Ihren Bedarf zu decken. **Sie sparen Geld**, wenn Sie zu uns kommen.

Zähne

1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.

Persönliche fachmännische Behandlung.

Wöchentliche Teilzahlung gestattet.

B. Wolff, Charlottenburg, Nahe Wilhelmplatz, Berliner Straße 110.

Haben Sie Wanzen? Mothesin.

So gebrauchen Sie
Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen und deren Brut. Absolut sicher und sofortige Wirkung.
Preis Flasche 1.-, 2.50 und 4.- M. Nur allein echt bei
Arth. Mothesin, Berlin N. 21, Schweinemarkt Straße 41.
Gen. Schwaben, Küssen, Franzen, u. Hilde um. Wollen nicht Best
heft. nur weisse als vorzügl. anerk. Spezial-Mittel in G. H. 1.- M.

Fritz Reumann
Kaufhäuser, Kaufhäuser 53
die billige Lieblingsqualitäts für
Lack- und
Wasserpflanze jeder Art.
2. Geschäft: Anzengraber-Straße 27

Marken-Zigaretten

kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32
Versand nach auswärts franko.

Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.

Rufen Sie an in allen Preislisten — herrliche Muster

Tapeten-Magazin Humboldt

Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße

nur 1. Etage, kein Laden

(Ringfret, daher Konturreislos billig)

Vorzeiger erhält 3% Rabatt.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung

gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentlich Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Frsanz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahn mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellung
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.
1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

Haivani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.

Vorzeiger 10% Rabatt.

Besonders

wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und
billig!